

Aktionsbündnis Sozialproteste

Homepage: www.die-soziale-bewegung.de

Email: info@die-soziale-bewegung.de



Rundmail

3. Mai 2016

Musteranschreiben zur Verbreitung in der LINKEN

Liebe Mitstreiterin, lieber Mitstreiter,
liebe Kollegin, lieber Kollege,

Du bekommst mit dieser Rundmail das beim bundesweiten Treffen des ABSP beschlossene Musteranschreiben an die Partei DIE LINKE und ihre Gliederungen.
Du findest es im Anhang dieser E-Mail oder [hier](#) online.

Bist Du Mitglied der LINKEN? Dann überlege doch, ob Du es an eine bestimmte Gliederung, eine Person oder auch Gremien der LINKEN senden möchtest.

Die Gelegenheit ist nach dem Beschluss des Parteivorstandes der LINKEN besonders günstig. Der Vorstand hat am 9. April auf unsere gemeinsam mit dem Bündnis 500-10 (steuerfrei) vertretene und beim Bundesparteitag durch die Delegierten beschlossene Kampagnenforderung reagiert: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand-2014-2016/beschluesse/lohnsteuerfreiheit-fuer-mindestlohn/>

Beschluss: "Der Parteivorstand plädiert für einen Grundfreibetrag, der in Einklang mit unserer Forderung nach einer sanktionsfreien Mindestsicherung steht und bittet die AG Umverteilung und Steuergerechtigkeit, dies bei der weiteren Erarbeitung des Steuerkonzeptes in Vorbereitung des Bundestagswahlprogrammes zu berücksichtigen."

Aber leider vertritt die Partei DIE LINKE immer noch nicht in ihren Veröffentlichungen, dass sie in Form der Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns deutliche Steuersenkungen für Niedrig- und Normalverdiener*innen fordert.

Wenn Gremien und Vertreter*innen der Partei durch viele Genoss*innen Anfragen bekommen, damit sie aktiv mit der neuen Beschlusslage umgehen, kann dies zu einer intensiveren Auseinandersetzung der Partei mit dieser für die Erwerbslosen und Erwerbstätigen sehr wichtigen Position führen.

Letzte Anmerkung:

Zwar ist der Vorstand der LINKEN in seinem Beschluss vom Geldbetrag her der Forderung der Sozialproteste nach Steuerfreiheit des aktuellen gesetzlichen Mindestlohns nachgekommen. Er gesteht aber nicht zu, dass Erwerbstätige durch ihre Tätigkeit einen Mehrbedarf haben, sondern bemisst das zu fordernde steuerliche Existenzminimum exakt an dem Bedarf, den er für Erwerbslose fordert (1.050 Euro Mindestsicherung). D. h., dass ähnlich wie in der aktuellen Gesetzeslage vorprogrammiert wäre, dass Erwerbstätige, die durch ihr eigenes Einkommen gerade aus der Bedürftigkeit heraus wären, durch die Lohnsteuer wieder bedürftig gemacht würden. Der Beschluss vom 9. April ist ein erster Schritt, den Beschluss des Bundesparteitags umzusetzen.

Mit solidarischen Grüßen

Thomas Elstner, Teimour Khosravi, Peter Moser, Tommi Sander, Edgar Schu, Dieter Weider,
Walter Michael Wengorz, Helmut Woda

Kontaktdaten aller Kokreismitglieder:

<http://www.die-soziale-bewegung.de/kontakt.html>

Vernetzungsbüro: Edgar Schu, edgar.schu@die-soziale-bewegung.de, Tel.: 0551 20190386

Eintragen in/Austragen aus dem bundesweiten Rundmailverteiler per formlose Email an info@die-soziale-bewegung.de